

PRÄSIDIALVERWALTUNG

Geschäftsgruppe 1

Präsidialdirektion

Präsidialdirektor

Univ.Doz. Dr. Erich Wolny

Sekretariat

Elfriede Batz

Georgina Wiesinger

Altes Rathaus, Hauptplatz 1, 4041 Linz

Telefon: 7070/1111, 1121

Fax: 7070/1180

e-mail: info@pdion.mag.linz.at

Die Mitgestaltung wesentlicher Rahmenbedingungen für ein übergreifendes, kompetentes und professionelles Verwaltungsmanagement in der Linzer Stadtverwaltung war auch im Jahr 1999 ein vordringliches Ziel der Präsidialverwaltung. Als konkrete Maßnahmen dazu sind die im Jahr 1999 nach intensivem „Vordenken“ begonnenen Projekte "Geschäftsgruppen-Budgetierung" und "Einführung von Produkten" zu nennen. Während die Präsidialverwaltung in Bezug auf die "Geschäftsgruppen-Budgetierung" die hierfür hauptverantwortliche Finanzverwaltung unterstützte, wurden bzw. werden im Projekt „Einführung von Produkten“ die Dienststellen von der Präsidialverwaltung federführend betreut. Nach Umsetzung beider Projekte, wird der Magistrat Linz zusammen mit dem bereits sehr weit ausgebauten Controlling samt Kostenrechnung wie kaum eine andere Stadtverwaltung Österreichs über Rahmenbedingungen im Sinne des New Public Managements verfügen.

In den kommenden Jahren wird es für die Präsidialverwaltung – ebenso wie für die übrigen Geschäftsgruppen – gelten, die Anpassung unserer Organisation im Aufbau und in den Abläufen/Prozessen an die Anforderungen und Möglichkeiten zeitgemäßen Managements weiter voranzutreiben. Auch unser Handeln als solches ist anzupassen. Weitere Schritte der Dezentralisierung – wie dies zum Beispiel im Jahr 1999 durch die weitgehende Übertragung der Genehmigung von Dienstreisen und eines Großteils der Teilnahmen an externen Weiterbildungsveranstaltungen auf die Gruppenleiter (Mittelbedarfsausgleich auf Ebene der Geschäftsgruppen) bzw. Dienststellenleiter eingeleitet worden ist – werden zu setzen sein.

Für das Berichtsjahr 1999 sind neben den oben angeführten Projekten auch eine Reihe von Maßnahmen, Initiativen

Dienststellen

Präsidialamt

Amt für Personal und Organisation

Amt für Presse und Information

Fremdenverkehrszentrale

Amt Datenverarbeitung

Amt für Stadtforschung

Einwohner- und Standesamt

Schul- und Sportamt

Büro des Bürgermeisters

oder Projekten zu erwähnen, die - unter der Leitung bzw. maßgeblicher Mitarbeit der Präsidialverwaltung - zum Teil gravierende Änderungen für den Magistrat zum Ziel hatten. Hinsichtlich laufender

Bestrebungen zur Verwaltungsentwicklung, die geprägt sind von Kundenorientierung, Innovation, Kooperation sowie Effektivitäts- und Effizienzsteigerung, darf auch auf die Berichte der einzelnen Dienststellen verwiesen werden.

Im Mai 1999 wurde die „Jobbörse“ eingerichtet, mit der für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung bei der Besetzung von vakanten Stellen größtmögliche Transparenz beim Stellenangebot und bei deren Vergabe geschaffen wurde. Als besonderer Service (z.B. für karenzierte Mitarbeiterinnen) wurde die Möglichkeit eröffnet, in die "Jobbörse" auch in der Bürgerservice-stelle, in den Zweigstellen der Stadtbibliothek, bei den Portieren des Alten Rathauses und des Neuen Rathauses und via Internet im Rahmen von Digital City Linz (www.linz.at/jobboerse) Einschau zu nehmen.

Neben der Durchführung zahlreicher EDV-Projekte konnte im Bereich Informationstechnik die flächendeckende

Umstellung auf das Betriebssystem Windows NT nahezu abgeschlossen werden. Dieses PC-Betriebssystem ermöglicht die Steigerung der Funktionalität der bestehenden Standardanwendungen und eine moderne PC-basierende Bürokommunikation.

Im Zusammenhang mit der Abwicklung von Wahlen im Jahr 1999 (Wahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament und Nationalratswahl) besonders hervorhebenswert ist, dass die Möglichkeit eröffnet wurde, Wahlkarten via Internet bzw. e-mail anzufordern, womit Linz eine Vorreiterrolle unter den österreichischen Gemeinden einnahm.

Ganz wesentlich beteiligt war die Präsidialverwaltung auch am Projekt „AKh – Umwandlung in eine Unternehmung nach dem Statut Linz 1992“, das im Jahr 1999 begonnen wurde und dessen Umsetzung nach entsprechender Beschlussfassung durch den Gemeinderat im Dezember 1999 erfolgen konnte.